

Presseaussendung der Vereine LEFÖ, PiA, maiz, SXA-Info, iBUS und der Plattform sexworker.at vom 2. Juni 2014

## **Selbstorganisation von Sexarbeiter\_innen und Beratungsstellen fordern arbeitsrechtliche Gleichstellung und Entstigmatisierung von Sexarbeit**

Am 2. Juni, dem Internationalen Hurentag, weisen österreichische Beratungsstellen für Sexarbeiter\_innen, sowie eine Selbstorganisationen für Sexarbeiter\_innen erneut auf rechtliche Diskriminierungen und die prekären Arbeitsverhältnisse von Sexarbeiter\_innen hin. Die Plattform sexworker.at und die Vereine LEFÖ (Wien), maiz (Linz), SXA-Info (Graz), PiA (Salzburg) und iBUS (Innsbruck) fordern die politischen Entscheidungsträger\_innen auf, einen politischen Ansatz zu verfolgen, der Sexarbeiter\_innen nicht nur in die Pflichten nimmt, sondern ihnen auch tatsächliche Rechte zugesteht und rechtlichen Schutz garantiert. Neben einer Entkriminalisierung des Bereichs Sexarbeit muss eine Entstigmatisierung von Sexarbeiter\_innen und eine gleichzeitige Beteiligung und Einbindung in politische Entscheidungsprozesse dieser im Zentrum stehen.



## **Änderung in der Besteuerungspraxis - Verschärfte Pflichten für Sexarbeiter\_innen ohne einhergehende arbeitsrechtliche Gleichstellung**

Am 1. Juli 2014 wird in Österreich eine Besteuerungspraxis für Bordellbetriebe und Sexdienstleister\_innen per Erlass eingeführt. Diese ist ein aktuelles Beispiel dafür, wie die gesellschaftliche und gesetzliche Doppelmoral sich in der Reglementierung von Sexarbeit manifestiert und welche Auswirkungen die gesetzlichen Bestimmungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter\_innen haben.

Aufgrund mangelnder Kommunikation und fehlender Informationen seitens des Finanzministeriums, verbreitete sich in der Branche große Verwirrung bezüglich der neuen steuerrechtlichen Vorschriften. Angesichts dieser Unklarheiten, hat das Finanzministerium die Einführung der neuen Praxis vom 1. April auf den 1. Juli 2014 verschoben.

### **Welche Konsequenzen hat diese Regelung für Sexarbeiter\_innen?**

Wir befürchten, dass sich durch die Regelung die bereits beschränkte Anzahl an legalen Arbeitsplätzen, sowie die Vielfalt der Arbeitsorte und Wahlmöglichkeiten für Sexarbeiter\_innen, noch weiter reduzieren wird und Sexdienstleister\_innen vermehrt im illegalisierten und unsichtbaren Bereich arbeiten müssen.

Zudem ist eine schlichte steuerrechtliche Anpassung an ein Dienstverhältnis, ohne einhergehende arbeitsrechtliche Veränderungen, welche die rechtliche Gleichstellung und Anerkennung von Sexarbeit mit anderen Berufen ermöglicht, unserem Erachten nach, nicht zielführend. Den politischen Verantwortlichen geht es nicht um eine Verbesserung der Situation von Sexdienstleister\_innen, sondern ausschliesslich um die Besteuerung ihres Verdienstes.

## Forderungen an die politischen Verantwortlichen

Sexarbeiter\_innen sind Expert\_innen ihrer Arbeitsumstände und müssen als solche wahrgenommen und anerkannt werden. Sexarbeiter\_innen wurden in diesen politischen Entscheidungsprozess weder eingebunden, noch rechtzeitig über die Änderungen informiert. An dieser Vorgehensweise wird erkennbar, dass die Lebensrealitäten sowie die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter\_innen, von politischen Verantwortlichen nicht berücksichtigt und wahrgenommen werden.

Eine verantwortungsvolle Politik, welche als Ziel eine tatsächliche Gleichstellung sowie eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter\_innen anstrebt, muss Sexarbeiter\_innen in ihrer Selbstbestimmung stärken und darf nicht ermöglichen, dass die Selbständigkeit von Sexarbeiter\_innen durch finanzamtliche Praxen, Willkür von Behörden und Betreiber\_innen gefährdet und korrumpiert werden kann.

Den Sexarbeiter\_innen werden in diesem Sinne wieder Pflichten aufgezwungen, ohne dass Rechte damit einhergehen. Die nahenden steuerrechtlichen Veränderungen in Österreich, sowie die aktuellen Abschaffungs- und Kriminalisierungsforderungen auf nationaler und europäischer Ebene, gehen eindeutig in die falsche Richtung, mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Betroffenen. Es braucht eine arbeitsrechtliche Gleichstellung, die Kompetenzen einräumt um sich gegen Ausbeutung und Gewalt zu wehren. Überdies muss Sexarbeit als Beruf in seiner Vielfalt anerkannt werden und die unterschiedlichsten Lebenssituationen der Sexarbeiter\_innen berücksichtigt werden.



**LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen**

Kontakt:  
Renate Blum  
info@lefoe.at

[www.lefoe.at](http://www.lefoe.at)



**Sexworker.at**

Kontakt:  
Christian Knappik  
admin@sexworker.at

[www.sexworker.at](http://www.sexworker.at)



**Maiz**

Kontakt:  
sexwork@maiz.at

[www.maiz.at](http://www.maiz.at)



**SXA\_Info: Information und Beratung für Sexarbeiterinnen und MultiplikatorInnen in der Steiermark**

Kontakt:  
daniela.hinterreiter@frauenservice.at

[www.frauenservice.at](http://www.frauenservice.at)



**PiA – Information und Ausstieg**

Kontakt:  
Christine Nagl  
c.nagl@frau-und-arbeit.at  
projekt-pia@frau-und-arbeit.at

[www.frau-und-arbeit.at](http://www.frau-und-arbeit.at)



**iBUS – Innsbrucker Beratung  
und Unterstützung für  
Sexarbeiterinnen**

Kontakt:  
ibus@aep.at

[www.aep.at](http://www.aep.at)

Politischer Hintergrund des Internationalen Hurentags:

## **2. Juni 1975: Proteste und Kirchenbesetzung von Sexarbeiterinnen in Frankreich**

Am 2. Juni 1975 streiken Sexarbeiter\_innen in Frankreich und bezeichnen in diesem Zusammenhang den Staat als den größten Zuhälter. 150 Frauen besetzen 10 Tage lang die Kirche Saint-Nizier in Lyon und schaffen damit eine internationale Öffentlichkeit für ihre Situation und ihre Forderungen. Als Aktionskollektiv wenden sie sich gegen die staatliche Diskriminierung und gegen polizeiliche Repressionen, die vorgeblich dem Kampf gegen Zuhälterei dienen sollen: ständige Kontrollen und Verhaftungen, Beleidigungen, Schikanen, unverhältnismäßige Strafen, willkürliche Steuerbescheide sowie Tatenlosigkeit der Polizei gegenüber Morden, Misshandlungen und anderen Formen von Gewalt gegen Sexarbeiter\_innen. Die Sexarbeiter\_innenbewegung von Lyon wehrte sich damit auch gegen die Stigmatisierung von Sexarbeiter\_innen und gegen die staatlich institutionalisierte Doppelmoral.